

präsident Bauer Dr. Brauh seinen Dank aus. Er sagte u. a. in seinem Schreiben:

„Berits vor 70 Jahren war das deutsche Volk durch die hässliche Umgehung vor die Aufgabe gestellt, sich ein Verfassungsgesetz zu bauen. Es gelang der Bau von 1849 nicht. So kommt jetzt das Werk vollendet werden, das dem neuen Zeitalter sein Gepräge gibt. Wenn trotz der gewöhnlichen seelischen und körperlichen Schwächen, die das gesamte Volk getroffen hat, die Arbeit in verhältnismäßig kurzer Zeit geleistet ist, so muss dies mit möglichem Dank dem neuen Reichlichen Kaiser und der einflussreichen Kaiserin Maria Theresia, die Sie in den Diensten der Götter haben helfen können. Ihre Name wird für alle Seiten mit der neuen Verfassung verbunden sein. Darin werden Sie Ihren schönsten Lohn finden.“

Demission des deutsch-österreichischen Gesandten in Berlin.

Wien, 2. August. (Drahtnachricht.) (Sonderdruck.) Der deutsch-österreichische Gesandte in Berlin Dr. Hermann von Bismarck hat die Entlassung seines Amtes als Gesandter in Berlin erklärt. Die Entlassung wurde dem Kaiser von dem Reichspräsidenten angetragen. Der Kaiser hat die Entlassung genehmigt. Der Gesandte hat die Entlassung in Berlin erklärt. Die Entlassung wurde dem Kaiser von dem Reichspräsidenten angetragen. Der Kaiser hat die Entlassung genehmigt. Der Gesandte hat die Entlassung in Berlin erklärt.

Die Verhandlungen über den Rheinbund Frankreichs.

Paris, 2. August. (Drahtnachricht.) Neben den Verhandlungen über den Rheinbund Frankreichs ist, wie wir schon, bei den Verhandlungen in Paris die Frage der Einigung über die Rheinlande im Vordergrund. Die Verhandlungen sind in Paris im Gange. Die Verhandlungen sind in Paris im Gange. Die Verhandlungen sind in Paris im Gange.

Wiedereröffnung von Rheinbrücken.

Darmstadt, 2. August. (Drahtnachricht.) Die Rheinbrücken sind wieder eröffnet. Die Rheinbrücken sind wieder eröffnet.

Eintreffen der polnischen Delegation.

Wien, 2. August. (Drahtnachricht.) Die polnische Delegation ist in Wien eingetroffen. Die polnische Delegation ist in Wien eingetroffen. Die polnische Delegation ist in Wien eingetroffen. Die polnische Delegation ist in Wien eingetroffen.

Großer Brand in Besancon.

Wien, 2. August. (Drahtnachricht.) Ein großer Brand hat in Besancon stattgefunden. Ein großer Brand hat in Besancon stattgefunden. Ein großer Brand hat in Besancon stattgefunden. Ein großer Brand hat in Besancon stattgefunden.

Japanische Aufstände.

Wien, 2. August. (Drahtnachricht.) In Japan sind Aufstände ausgebrochen. In Japan sind Aufstände ausgebrochen. In Japan sind Aufstände ausgebrochen. In Japan sind Aufstände ausgebrochen.

Der Streik in Oberitalien.

Wien, 2. August. (Drahtnachricht.) In Oberitalien ist ein Streik ausgebrochen. In Oberitalien ist ein Streik ausgebrochen. In Oberitalien ist ein Streik ausgebrochen. In Oberitalien ist ein Streik ausgebrochen.

Eines Ausgaben.

Wien, 2. August. (Drahtnachricht.) Die Ausgaben des Reiches sind im Anstiege. Die Ausgaben des Reiches sind im Anstiege. Die Ausgaben des Reiches sind im Anstiege. Die Ausgaben des Reiches sind im Anstiege.

Neue Beleuchtung Erzbergers.

Erzberger als der führende Kopf. Ein Berliner Journalist namens J. B. Kraus vertritt eine bestimmte Persönlichkeit, „vertrauliche Informationen“, wie sie auch von anderen Autoren zur Verfügung kommen. Diese Informationen bieten jedoch kein besonderes Interesse, als der Herausgeber der Zeitung des Reiches. Erzberger ist ein Mann, der in einem rechtlichen Sinne die Hände gefesselt ist. In den Enthüllungen Erzbergers möchte ich noch bemerken, daß diese auf ausdrücklichen Wunsch der Reichsregierung erfolgt sind. Die Angriffe in der deutschen Presse waren in den letzten Tagen so heftig, daß das Kabinett nicht notwendig antworten mußte. Sollte Erzberger geschwiegen, so wäre eine Kabinettskrise eingetreten, aber nicht nur der Reichspräsident hätte zurücktreten müssen, sondern auch die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts, vor allem Bauer und Müller, wären gegangen.

Erzberger ist der eigentliche Führer des Kabinetts.

Das muß auch die Geschichte zeigen, und wenn Erzberger leidet ist, dann kann sich das Kabinett nicht mehr halten. Daher besteht wohl den christlichen Willen, alles zu tun, um seinen Willen gerecht zu werden, aber was nützt ihm alles Wollen.

Wenn es ihm an der Fähigkeit fehlt? Nach der Außenminister Müller ist für seine neue Stelle nicht besonders geeignet, und es ist kein Geheimnis, daß er sich

von dem Räte Erzbergers leiten läßt. Auch niemand haben so viele gemeinsame Beratungen der Regierung hatte, als bei der letzten, weil eben die einzelnen Herren doch nicht die Verantwortung für ihre Arbeit übernehmen wollten, wenn sie sich nicht der Zustimmung aller Mitglieder bezeugt sind. Der

eigentliche Leiter der Besprechungen ist bis jetzt noch immer der Reichspräsident gewesen. Dr. David ist wohl der einzige Minister, der sich für seine Stelle eignet, aber sein Gesundheitszustand ist nicht so, daß er sich den Arbeiten in dem Maße widmen kann, wie das erforderlich ist. So

verdiene die gegenwärtige Stellung der Geschäftsführer Erzbergers.

Die Gegner halten es nicht für erwünscht, daß die Reichsregierung ihn jetzt noch länger würde, nachdem Josias Welfens des gegen ihn erhoben wurde. Auch in den Zentrumskreisen war man nicht der festen Überzeugung, daß eine Abkehr eintraten würde. Das Reichsgesetz trat mit dem bekannten Dokumenten hervor. Ein Erzberger im letzten Moment, weil man niemand hat, der sich dazu eignet, die Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Man hat großes Vertrauen zu dem Minister und hofft bestimmt, daß es ihm gelingen werde, die Steuerfragen nicht zu erledigen. Jeder Zug würde den Wert dieser „vertraulichen Information“ abschwächen!

Nach einer Unwahrheit Erzbergers?

Von Oberkernamt Nicolai, dem früheren Chef der Abteilung III B der Obersten Behörde, wird der „N. N.“

Erst heute erhielt ich Einblick in den demographischen Jahresbericht der Nationalversammlung vom 25. Juli 1918. Danach hat der Reichspräsident Erzberger in seiner großen Enthusiasmusrede angeführt:

„Die ganze leistungsfähige Wirtschaft auf Waller und zu Lande ist im Juli 1917 mobil gemacht worden gegen einen Mann in Deutschland, den Sprengden. Die Organisation im Kriegspresseamt — jetzt als Minister habe ich in Zutritt zu den Akten —, die von dem Major Nicolai geleitete Abteilung III B der Obersten Behörde, im Kriegspresseamt, die militärische Stelle im Auswärtigen Amt, die Aufklärungsstellen bei den Generalstabes in der Heimat, in der Sprache und an der Front — was ich in jenen Tagen kennen und Erfahrenes alles gegen mich von dieser Seite vorbereitet? Über keinen Menschen in Deutschland ist in den letzten zwei Jahren so viel geredet worden wie über mich.“

Wir war bekannt, daß der Abgeordnete Erzberger sich damals sehr zurückgezogen. Ich hatte in meiner militärischen Stellung keine Vermutungen, ihn aufzuklären. Nachdem er dies aber jetzt als Minister unter Berufung auf die Akten und unter Berufung meines Namens mit dem Vorwurf der Ungeheuerlichkeit behauptet, ist es genügt, seine Angaben als unannehmbar zu bezeichnen. Der Name Erzberger kommt in den Akten der Abteilung III B in der Sprache nur, daß es sich um die Namen und die Beziehungen der Obersten Behörde und Erzberger gegen mich einließen. Sie wurden in den Akten geschrieben; irgendwelche Folge wurde ihnen nicht gegeben.

Nicolai, Oberkernamt.

Deutsche Nationalversammlung.

Wien, 2. August. 75. Sitzung. Am Regierungstisch: Dr. Mayer. Präsident Behrens hat eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Minuten.

Die erste Beratung des Entwurfs über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft wird fortgesetzt.

Abg. Rahmann (Soz.): Wir begrüßen das Gesetz und hoffen, daß ähnliche Maßnahmen auch auf die eng mit der Elektrizität verbundenen Verkehrskräfte Kohlen und Wasserkräfte, ausgedehnt werden. Das Gesetz bringt die Bundesländer, die Kapitalisten, die die Herstellung der Elektrizität betreiben, die die Herstellung der Elektrizität betreiben.

Abg. Reich (Str.): Stärke des Entwurfs und der begleitenden Ausführungen des Reichspräsidenten ist sehr wichtig, nicht finanzieller Art. Dies wird mehr oder weniger bei allen Sozialisierungen der Fall sein, da sie einen tiefen Eingriff in Struktur und Freiheit des Wirtschaftslebens bedeuten. Die Vorlage soll nicht ein Signal für eine weitere Sozialisierung im Galoppemodus geben, sondern sich mit Recht vorzüglich und unter Berücksichtigung der Finanzlage auf einem breiten betretenen Wege vor. Erweitert werden ist aber nicht eine gewalttätige Sozialisierung, sondern Jenseit nur als letztes Mittel in Aussicht genommen. Auch wird mit den tatsächlichen Verhältnissen, ob private oder öffentliche Unternehmungen, gerechnet. Dabei kann auch die Entwidlung der bisherigen Kleinindustrie, die heute nur 18 Prozent des Bedarfs liefert,

nach Möglichkeit beibehalten werden. Mit demnächstigen Überweisung an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Abg. Wieland (Dem.): Mit dem Ziel der Vorlage, an die Stelle der bisherigen Verteilung eine gemeinsame wirtschaftliche Regelung der gesamten Elektrizitätswirtschaft zu setzen, sind meine politischen Freunde vollständig einverstanden, nur haben sie

schwere Bedenken, ob der hier vorgeschlagene Weg zum Ziele führen wird. Zunächst scheint uns die vorgeschlagene Entschädigung völlig ungenügend zu sein, weiter wäre zu erwägen, ob nicht bei Nebenverpflichtungen an Stelle der Schiedsverträge eine Entschädigung der erheblichen Verluste vorzuziehen wäre. Ein großer Mangel des Entwurfs ist auch der, daß er über

die organisatorische Gestaltung der Elektrizitätswirtschaft so gut wie gar nichts sagt. Meine politischen Freunde würden es für richtig halten, einen gesamtstaatlichen Reich in Gestalt einer Aktiengesellschaft etwa unter dem Namen Reichsenergiekontrollen zu errichten. Eine sehr genaue und gründliche Prüfung der Vorlage ist in einer Kommission bringen erforderlich. (Beifall bei den Demokraten.)

Reichsfinanzminister Mayer:

Es ist zunächst nicht zu übersehen, in welchem Ausmaß die Willkür, welche der Entwurf für die Durchführung des Gesetzes zur Verfügung stellt, zur Erwerbung privatrechtlicher Unternehmungen gebraucht werden wird; es wird nämlich sozial überlassen, um den Bedarf des Reiches zum Bau von Stromanlagen in den nächsten Jahren zu decken. Wir haben Schamerfahrungen über Bundesstaaten, die vor allem den Führer auf dem Gebiet der Elektrizität übertragen in Deutschland Herr von Müller, geführt, der sich im großen und ganzen auf dem Standpunkt der Vorlage gestellt und ihn der bayrischen Behörden gegenüber vertreten hat.

Abg. Wenz (Dn.): Inwiefern erachtet in dem Entwurf eine Maßnahme von ungewohnter Bedeutung für unser gelamtes Wirtschaftsleben. Schon der erste Schritt auf dem Wege kann für die Gestaltung der Wirtschaft im Reich

von entscheidender Bedeutung sein. Um so weniger angebracht wäre eine überflüssige Beratung. Unbedingt gehört werden müssen die Vertreter unserer so hoch entwickelten Elektroindustrie und Volkswirtschaft. Eine sachgemäße Verteilung der elektrischen Energie durch das ganze Reich ist nur möglich bei ausreichender Zufuhrung von den Erzeugungsstellen. Darum haben wir gegen die Übertragung der Erzeugungsstellen zum Reich das Reich schließlich keine Bedenken.

Abg. Roemer (U. S.): Eine Verstaatlichung ist noch keine Sozialisierung. Auch bei diesem Gegenstand werden die Begriffe „Staatsmonopol“ und „Sozialisierung“ wieder miteinander verwechselt. Der Entwurf bringt lediglich ein Reichs-Elektrizitätsmonopol und eine Verstaatlichung von Großbetrieben. Selbst die Verstaatlichung ist nicht vollständig durchzuführen, sondern die Verteilung der Privatwirtschaft bleibt erhalten und damit auch die Ausbeutung der Arbeiterklasse.

für privatrechtliche Interessen. Wir werden im Ausschuss dahin zu wirken suchen, daß als erste Etappe zur wirklichen Sozialisierung wenigstens das Reichsmonopol gesichert wird. (Beifall bei den U. S.)

Abg. Wobmann (D. Sp.): Ein Vorzug des Gesetzes ist, daß es ein einheitliches System der Hochspannungsbetriebe schafft. Daran ergibt sich die Möglichkeit, die geschlossenen liberalen Monopole auszulösen. Dem Grundgedanken des Gesetzes haben wir durchaus impathisch gegenüber, denn müssen wir unsere Zustimmung gegen die Abänderung verschiedener Bestimmungen abhängig machen. Auch im Interesse der Gemeinden sind ergänzende Bestimmungen nötig. Zu dem Minister habe ich das Vertrauen, daß er den rechten Weg gehen will, aber leider werden die Verhältnisse für ihn sein.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 28 Mitgliedern. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Montag 10 Uhr vormittags (Zweite Beratung der Grundbesitzsteuer, Tabaksteuer, Zündwarensteuer, Spielartensteuer und erste Beratung des Reichsmonopoles, der Reichsenergieordnung und des Gegenstandes betreffend die vollständige Verteilung der elektrischen Betriebsmittel der Reichshauptstädte für 1918.) Schluß 7 Uhr.

Deutsches Reich.

Eine parlamentarische Prüfungskommission in Bayern.

München, 2. Aug. Der „Münchener Anzeiger“ über die Entschuldigungen des Geheimen Legationsrats von Scheer in der „D. M. Z.“ über Unwahrheiten des Reiches werden im bayerischen Landtag noch ein Kapitel haben. Vorwiegend wird der bereits im März gefasste immer noch unerledigt gebliebene Antrag von Dr. Dirr nun aufgenommen werden. Der Antrag geht bekanntlich dahin, es soll eine parlamentarische Kommission mit der Aufgabe des aus den bayerischen Akten während des Krieges und während der Revolution bekannt gewordenen Materials betraut werden. Auch soll genauer Aufschluß über die Haltung Bayerns dem Ausland gegenüber während der letzten Kriegszeit und der Revolution geschaffen werden. Die Angelegenheit dürfte schon am kommenden bei der Beratung des Landtagsrats des Ministeriums des Reichers zur Sprache kommen.

Beschlüsse des Statensenusschusses.

Weimar, 2. Aug. In der heute unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Erzberger abgehaltenen Volltagung des Statensenusschusses wurde den Geschäftswirten zur Verbenennung des Volksgesetzes, über die Volksgeldwährung im Gebiet des Deutschen Reiches und über die Telegramm- und Fernsprechtgebühren, dann dem vom Statensenusschuss der Nationalversammlung beschlossenen Entwurf einer Verordnung betreffend die Bildung der beim Reich durch die Finanzverwaltung von Grundbesitzern und Gebäuden sowie Bildung Dritter erworbener Verpfändungen (Verpfändungsverordnung) genehmigt. Ferner wurden die Entwurf und Aufhebungsverordnungen zum Gesetz über das Staatsbankrottgesetz genehmigt.

Eudendorfs Geschäftsbericht.

Amsterdam, 2. August. Der englischen Flotten vom 7. August soll General Eudendorfs Buch in diesem Monat in Eng-